

# Sturm in der französischen Kammer.

8. Juli 1927

Im Verlauf der gestrigen Kammer Sitzung kam es zu lebhaften Zwischenfällen. Der Sozialist Roussel wollte den Kolonialminister über die Mißstände bei dem Eisenbahnbau von Brazzaville interpellieren, wo infolge der unhygienischen Zustände die Todesfälle unter den einheimischen Arbeitern in den ersten Monaten des vergangenen Jahres 39 Prozent betragen. Der Redner sprach auch von den unerhörten Grausamkeiten, die sich die Konzessionsbehörden gegenüber der Bevölkerung zuschulden kommen ließen. Er verlangte, daß unter keinen Umständen die Eisenbahnkonzession ohne Befragung des Parlaments erneuert werden sollte. Der Kolonialminister wollte das Wort ergreifen, verzichtete aber infolge des allgem. Lärmes. Poincaré griff hierauf in die Diskussion ein und stellte die Vertrauensfrage auf Vertagung der Interpellation, die mit 415 gegen 142 Stimmen beschloßen wurde.

Hierauf wollten elfässische Abgeordnete den Ministerpräsidenten über die Schulpolitik der Regierung in Elsass-Lothringen interpellieren. Poincaré verlangte auch hier die Vertagung der Interpellation, die Kammer stimmte dem zu. Der Kommunist Berthoin verlangte, daß die Kammer noch vor den großen Ferien die Frage der Amnestie besprechen solle. Auf die Frage des Redners, ob die Regierung die Männer, die nichts anderes verbrochen hätten, als für ihre Idee zu kämpfen, in Gefängnissen belassen wolle, beruhigte Poincaré Berthoin, daß noch vor den Parlamentsferien auch die „übrigen“ im Gefängnis sitzen würden. Die Kommunisten verlangten laut schreiend die Diskussion der Amnestie und wandten sich gegen die Abhaltung einer Nachsitzung. Es kam dann zur namentlichen Abstimmung über die Abhaltung der Nachsitzung, die mit 150 Stimmen Mehrheit beschloßen wurde. Sehr gereizt wurde die Stimmung, als von der Rechten ein Gegenprojekt entwickelt wurde. Der Innenminister wollte zur Verteidigung des

Kreiswahlsystems der Regierung das Wort ergreifen, kam aber in dem ohrenbetäubenden Lärm, der von der Rechten ausging, nicht zu Worte, so daß der Präsident die Sitzung unterbrach.

## Eine erregte Nachsitzung.

Die Nachsitzung der Kammer, die fortgesetzt von Tumulten begleitet war, brachte eine endlose Reihe von namentlichen Abstimmungen. Poincaré hielt sich ostentativ von der Diskussion des Wahlreformgesetzes fern. Rechte und Kommunisten haben sich zu einer gemeinsamen Obstruktionsfront zusammengesetzt. Jede Gelegenheit, durch Ausweisung der vorchriftsmäßigen Anzahl von 50 anwesenden Abgeordneten Abstimmungen herbeizuführen, wird benutzt. Das Verhalten bezweckt nicht nur die Vertagung der Diskussion, sondern auch, die Regierung zu einer Stellungnahme zu zwingen. Es geht nicht an, so erklärte der Kommunist Berthoin, daß die Ministerbänke leer seien und die Minister, voran der Ministerpräsident sich von einer Stellungnahme drückten. Pensionsminister Marins Standpunkt, der jedem, der es hören wolle, versichere, daß er gegen das Regierungsprojekt sei, genüge nicht, um die Ansicht der Regierung über die Wahlreform zum Ausdruck zu bringen. „Poincaré muß her oder es muß die Diskussion vertagt werden“. Auch diese Vertagung wurde abgelehnt. Ebenso drei Vertagungsanträge der Rechten. Immer sind es etwa 300 bis 320 Stimmen, die für die frühere Linksmehrheit, die der Rechten und den Kommunisten gegenübersteht.

Nach Beratung aller Gegenprojekte wird die Kammer in die Diskussion der einzelnen Artikel des Wahlreformgesetzes eintreten. Beim Artikel 2, der sich auf die Anzahl der Abgeordneten bezieht, wird das Eingreifen Poincarés erwartet. Hier wird auch die Entscheidung fallen. Der Kampf wird mit großer Erbitterung geführt. Die Atmosphäre ist gemittert schwül.

## Dieses Jahr kein Nationalfeiertag.

8. Juli 1927

Noch einmal haben gestern bis in die späten Abendstunden hinein zwischen den Regierungsparteien Verhandlungen über die Festsetzung eines Nationalfeiertages stattgefunden, ohne daß jedoch eine Einigung erzielt werden konnte. Die Regierungsparteien werden aus diesem Grunde heute im Rechtsausschuß den Antrag stellen, die ganze Angelegenheit bis zum Herbst zu vertagen. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit vorhanden, da diesmal auch das Zentrum um so mehr dafür stimmen wird, als die gegenteiligen Meinungen über diese Frage gerade in seinen Reihen sehr weit auseinandergehen. Außerdem ist auch die Reichsregierung unserer Informationen nach dagegen, daß der 11. August zum Zwangsfeiertag erklärt wird. Die Annahme eines entsprechenden Antrages im Reichstagsplenum hätte also evtl. zu einer Kabinettskrise führen können, die das Zentrum unter allen Umständen vermeiden will. Uebrigens beginnt sich bei den Parteien der Gedanke immer mehr durchzusetzen, daß mit der Festlegung eines Nationalfeiertages am allerbesten solange gewartet wird, bis irgend ein für Deutschland wirklich bedeutsames Ereignis, das von allen Parteien als solches anerkannt wird, den Tag hierfür bestimmt.

## Reichsminister von Kündell über den Nationalfeiertag.

Nach längerer Aussprache nahm im Rechtsausschuß Reichsminister von Kündell das Wort. Er wies darauf hin, daß die Frage, ob der Verfassungstag an einem Sonntag oder am 11. August zu feiern sei, noch keine Klärung gefunden habe. Die Reichsregierung werde geäußerten Wünschen entsprechen, bei den Länderregierungen von Sachsen und Baden Erkundungen darüber einzuziehen, ob die gesetzliche Festlegung des 11. August als Feiertag zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt habe. Auch bezüglich des Schutzes des Kirchenfeiertages werde die Regierung Nachprüfungen vornehmen. Die Reichsregierung bringe dem gesamten Feiertagsproblem vollstes Verständnis entgegen und würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Frage bei allen Beratungen möglichst wenig parteimäßig behandelt werde, um auch hier den Gedanken einer wirklichen Volksgemeinschaft zu fördern. Die weiteren Beratungen wurden auf Freitag vertagt.

## England gibt keine Konzession in Tientsin auf.

8. Juli 1927

Nach Meldungen aus Tientsin ist das bisher nur paraphrasierte Abkommen über den neuen Status der dortigen britischen Konzession von den chinesischen Behörden angenommen worden. Es fehlt nur noch die Zustimmung des Auswärtigen Amtes in London. Falls die britische Regierung dem Abkommen zustimmt, wird die englische Konzession in Tientsin den Chinesen übergeben werden. Der Vorsitzende des Komitees, das die Interessen der britischen Kolonie bei den Verhandlungen vertreten hat, hat sich nach Peking begeben, um mit dem britischen Gesandten Sir Lampton wegen des Abkommens zu verhandeln.

## Japans Chinapolitik.

Wie die D. A. Z. aus Tokio berichtet, fand dort am Donnerstag die Chinakonferenz ihren Abschluß mit einer Ansprache des Ministerpräsidenten Tanaka, in der er die Chinapolitik Japans noch einmal kurz entwickelte. Der Wiederaufbau Chinas sei das Gebot der Stunde, aber diesen Wiederaufbau müsse das chinesische Volk selbst bewirken. Japan werde keine chinesische Partei begünstigen, sondern strikte Neutralität wahren. Die japanische Re-

gierung sei aber bereit, mit den gemäßigten Elementen in China zusammenzuarbeiten, falls diese den Willen des Volkes als Ganzes repräsentieren. Sollte der Friede in der Mandschurei gestört werden, ganz gleich von wem, so werde Japan seine Rechte verteidigen und Schritte unternehmen, den Japanern und anderen Ausländern in der Mandschurei die Ausführung ihrer friedlichen Pläne zu ermöglichen.

## Tientsin unmittelbar bedroht.

Wie bekannt wird, wird das Hauptquartier der Nordtruppen in aller nächster Zeit nach Tientsin verlegt werden. Tientsin kann infolge des Vormarsches der nationalen Truppen als unmittelbar bedroht angesehen werden.

## Künftige Stärke des französischen Heeres.

Berlin, 8. Juli. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Paris teilte Kriegsminister Patuleve im Heeresauschuß des Senats am Donnerstag mit, daß auf Grund des neuen Militärgesetzes die Stärke der europäischen und kontinentalen Truppen Frankreichs sich auf insgesamt 536 700 Mann einschließlich der 106 000 Mann Berufs Soldaten belaufen werde.

## Schwerer Übergriff eines litauischen Polizeibeamten.

Litau, 8. Juli. Der Landwirt Ewald Schulz aus Uebermemele wurde am Montagabend auf der Chaussee von dem litauischen Polizeibeamten Kortas, der anscheinend betrunken war, angehalten, vom Rade gerissen und nach kurzem Wortwechsel mit Faustschlägen geschlagen. Ein zweiter hinzukommender Polizeibeamter hinderte Kortas nicht daran, sondern reizte ihn noch auf. Schließlich verlangten die Beamten, daß Schulz niederknien und abbitte solle. Als er sich weigerte, das zu tun, schlug der Polizeibeamte erneut auf ihn ein. Erst auf das Bitten der hinzukommenden Braut des Kortas ließ dieser davon ab und gab Schulz nach Feststellung seiner Personalien frei.

## Im Befinden des ehemaligen Großherzogs von Baden ist eine weitere Verschlechterung eingetreten.

Die Bronchitis hat sich ausgedehnt und ist mit fieberhaften Temperaturerhebungen verbunden. Am Sonnabend, dem 9. Juli, begehrt der Großherzog bekanntlich seinen 70. Geburtstag.

## Geheimrat Sigmund Bergmann †.

Geheimrat Sigmund Bergmann, der am 9. Juni 76 Jahre alt geworden ist, ist gestern gestorben. Er war einer der ältesten Pioniere der amerikanischen und deutschen Elektrizitätsindustrie und gehörte zu den führenden Persönlichkeiten unserer deutschen Großindustrie.

Thüringer von Geburt, studierte Bergmann Maschinenbaukunde, und war erst in Deutschland und von 1869 an in Neuport als Angestellter, später als Partner Edisons, tätig. 1876 begründete er in Neuport eine eigene Fabrik für elektrische Schwachstromapparate, später mit Edison zusammen eine Gesellschaft „S. Bergmann & Co.“ in Neuport. In der Fabrik dieser Gesellschaft hatte längere Zeit auch Edison sein Laboratorium und seine wissenschaftlichen Versuchsräume.

Nach langjähriger Zusammenarbeit mit Edison gründete Bergmann 1891 in Berlin die Gesellschaften „S. Bergmann & Co., Aktiengesellschaft“, sowie 1893 die „Bergmann Elektromotoren und Dynamowerke A. G.“, die 1900 vereinigt wurden.

Die „Bergmann Elektrizitätswerke A. G.“, die 1893 unter der Firma „S. Bergmann & Co. A. G.“ ge-

gründet wurde, hat sich im Laufe der Jahre zu einem der führenden Unternehmen der deutschen Industrie und des Berliner Elektrizitäts-Zentrums entwickelt. Die im Norden Berlins gelegenen Werke bestanden aus vier großen Fabrikabteilungen, in denen alle Arten von elektrischen Apparaten und Zubehörtellen hergestellt wurden.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Juli 1927.

Der Reichstag nahm in seiner gestrigen Sitzung zunächst in dritter Lesung das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung an. Angenommen wurde dazu auch eine Entschloßung der Regierungsparteien, die Reichsregierung zu ersuchen, sobald hinreichende Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung vorliegen, zu prüfen, ob es im Interesse einzelner Gruppen (Landwirtschaftliche Angestellte) und anderer Gruppen für die Gesamtversicherung möglich ist, für diese Gruppen Ersparnisse oder andere Sonder-einrichtungen zu schaffen. Bei der Reichsanfrage soll darauf hingewirkt werden, daß folgende Gruppen von Arbeitssuchenden bevorzugt zur Vermittlung geschlagen werden:

1. Einkommensträger kinderreicher Familien,
2. Ältere Arbeiter und Angestellte,
3. Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, die an der Front gestanden haben, und
4. Vertriebene aus den abgetretenen Gebieten, dem Auslande und den deutschen Kolonien.

Weiter soll für das gesamte Arbeitsrecht die Frage geklärt werden, inwieweit der Gartenbau und die Landwirtschaft oder zum gewerblichen Betriebe zu rechnen ist. Die namentliche Schlußabstimmung wurde zunächst noch zurückgestellt.

Es folgt zunächst die namentliche Schlußabstimmung über das Kriegsgesetz.

Die Vorlage wurde mit 349 gegen 44 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialisten, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Präsident Löbe stellte nach der Abstimmung fest, daß die Bedingungen für ein Verfassungsergänzendes Gesetz erfüllt seien.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Steuerermäßigungs-gesetzes wurde dem Reichstag zur Beratung eines Gesetzentwurfes über die

Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft und über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichen Inhalts.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns legte dar, daß die vorläufige Nichtanwendung des Gesetzes in landwirtschaftlichen Betrieben nur darauf zurückzuführen sei, daß das Washingtoner Abkommen diese Betriebe herausgelassen habe. In einem besonderen Gesetz wird der Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen gesichert werden.

Zwecks Vornahme der zurückgestellten namentlichen Schlußabstimmung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde die Beratung der Vorlage zunächst unterbrochen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde mit 336 gegen 47 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten Kommunisten und Nationalsozialisten.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Verlängerung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues bis zum 31. Juli 1928 wurde in zweiter Lesung angenommen. Das Haus vertagte sich dann auf Freitag nachmittag. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Zolltariflagen.

## Sächsischer Landtag.

(45. Sitzung.) Dresden, 7. Juli.

Die Sitzung beginnt um 12 Uhr. Zunächst wird die Wahl von drei Mitgliedern zum Verwaltungsrat der Landespolizei beschlossen. Als Kandidaten werden vorgeschlagen: der frühere deutsche nationale Abgeordnete Reuter, Abg. Dr. Dehne (Dem.), Abg. Rembrandt (Soz.) und Abg. Richter (Komm.). Die Wahl fällt auf die drei ersten Namen.

Das Staatskapitel 11 (Einnahme der allgemeinen Landesverwaltung) wird genehmigt. Der Selbstbetrag des Haushaltsplanes wird danach um 1,8 Millionen höher auf 72,3 Millionen Mark angesetzt. Annahme findet auch das „Küfflage“. Die Rüsttage wird um rund vier Millionen Mark höher eingestuft. Daran wendet man sich der

Schlußberatung des Gesamtelts zu. Der Ausschuß beantragt Annahme mit der Änderung, daß der ordentliche Etat jetzt um 13 Millionen Mark höher auf 81 000 400 Mark und der außerordentliche Etat mit 37 600 000 Mark abschließt. Außerdem wird eine Ermächtigung des Finanzministeriums beantragt zur vorübergehenden Verhinderung der Betriebsmittel der Landeshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über 30 Millionen hinaus verbindliche oder unverbindliche Sachanweisungen auszugeben oder Darlehen aufzunehmen.

Abg. Frau Böbel (Soz.) verliest eine Erklärung, in der dem Haushaltsplan der Vorwurf antisozialer Gestaltung gemacht wird. Die Sozialdemokraten würden den Etat zur Kennzeichnung ihrer scharfen Opposition ablehnen.

Abg. Richter (Komm.) nennt unter großer Heftigkeit die Regierung eine Staatsfeindin. Der Etat sei arbeitserfeindlich und antisozial.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) weist die Vorwürfe der Redner zurück und betont, daß den Staatsnotwendigkeiten Rechnung getragen sei.

Darauf wird der gesamte Etat verabschiedet. Er findet in der Ausschlußsitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten Annahme.

Aum Schluß der Sitzung wird noch der

Rechnenschaftsbericht über das Etatsjahr 1925 genehmigt und die Regierungsvorlage über Beschloßänderung im Staatlichen Pachtgrundbesitz in Dresden zur Geltung von Bauplänen für das Reich, den Staat und die Stadt Dresden angenommen.

Präsident Schwarz spricht den Angeordneten, den Landtagsabgeordneten und der Presse die besten Wünsche für die Ferien aus. — Schluß 12,15 Uhr.

